

Ergänzende Literaturhinweise (neben den im Reader angegebenen)

- Grimm, Dieter (Hrsg.): Staatsaufgaben. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas, 1989: Politische Steuerung. Ein Diskussionsbeitrag, in: Politische Vierteljahresschrift 30/1,4-9
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf/Schüttemeyer, Suzanne (Hrsg.), 1998: Lexikon der Politik. Band 7. München: Beck (Stichworte: „Governance“, „Politische Steuerung“, „Regieren/Regierungsorganisation“)
- Schäfer, Ingeborg E., 1992: Medienpolitik, in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Die westlichen Länder (Lexikon der Politik Band 3). München: Beck, 243-248.
- Scharpf, Fritz W., 1989: Politische Steuerung und Politische Institutionen, in: Politische Vierteljahresschrift 30/1, 10-21.
- Schneider, Reinhart, 1992: Bildungspolitik, in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Die westlichen Länder (Lexikon der Politik Band 3). München: Beck, 59-69.
- Werth, Christoph H., 2004: Medienpolitik in Deutschland, in: Mut. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr. 442, S. 24-35.

Entscheidungsfindung und politische Steuerung in der Bildungs- Kultur- und Medienpolitik

- Besonderheiten und Politikprozesse in der Medienpolitik aus politikfeldanalytischer Sicht
- Politische Steuerung und Steuerungskonzepte
- Besonderheiten der Bildungs- und Kulturpolitik
- Politische Steuerung am Beispiel der Hochschulpolitik

Definition Medienpolitik

„Medienpolitik bezeichnet politisches Handeln, das sich auf Aufgaben, Funktionen, Rechtsstellung, Organisation und Kontrolle der Massenmedien bezieht“ (Schäfer 1992: 243).

Schwerpunkte der Medienpolitikforschung

- Medien als politische Akteure/Macht der Medien
- Einfluss der Medien auf Wahlkämpfe/Parteien
- Relative wenig Policy-analytische Studien zur Medienpolitik*

Besonderheiten der Medienpolitik

- Besonders prozesshaft durch die technische Veränderung des Gegenstandes
- Besonders enge Verknüpfung des Gegenstand (Massenmedien) mit den Zielen der politischen Akteure (Meinungsbildung)
- Daher (?): Besondere Bedeutung des Bundesverfassungsgerichts
- Nach Lowi: vorwiegend regulative Politik
- nach Heinelt: allgemeine Problembetroffenheit und meist allgemeine Policy-Wirkungen, unterschiedliche Prognosefähigkeit, starke Policy-Interdependenzen (etwa von Medienpolitik und Kartellpolitik)

Stufen der Medienentwicklung

1. 1900 bis 1930: Tägliche Massenpresse, Illustrierte und Kinos
2. 1930 bis ca. 1960: Hörfunk und Tonfilm, seit 1923 in Dt. öffentlicher Hörfunk
3. Seit Anfang der 1960er: Fernsehen
4. Seit Ende der 1990er: Internet

Akteure der Medienpolitik

- Bundesregierung
- Parteien
- Bundesverfassungsgericht
- Institutionen der EU (z. B. Wettbewerbspolitik)
- Landesregierungen
- Wissenschaftler
- Medienunternehmen (z. B. Bertelsmann)
- Kirchen (Unterhalten Zeitungen und Fachzeitschriften und haben auch kirchliche Sendungen)
- Berufsverbände (z. B. Verlegerverbände, Journalistenverbände)
- Lobby-Verbände des Privatfunks wie der VPRT (Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation)
- Gewerkschaften

Ausgewählte Policies

1. Einführung der Rundfunksender im Nachkriegsdeutschland.

Prozess:

Gründung der ARD mit ihren Landesrundfunkanstalten (maßgeblich von den Alliierten direkt nach dem 2. Weltkrieg)

Gründung der Deutschland-Fernsehen GmbH unter führender Beteiligung von Bundeskanzler Adenauer im Juli 1960

Klage von SPD-regierten Bundesländern vor dem Verfassungsgericht, da dem Bund die politische und rechtliche Zuständigkeit fehle

28. Februar 1961: Erstes Fernsehurteil aus Karlsruhe: Nur die Länder dürfen eine Fernsehanstalt gründen

Zum 1. April 1963: Gründung des ZDF durch die Ministerpräsidenten der Länder

1970er Jahre: Kritik der CDU am öffentlich-rechtlichen Rundfunk, von dem sie sich benachteiligt fühlte als verkrustet und unflexibel; unter anderem „Rotfunk-Kampagnen gegen den NDR durch die CDU-Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Unterstützung durch CDU-nahe Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann (Allensbach-Institut, 1982 Publikation: „Schweigspirale“, gibt Fernsehen die Verantwortung für die Unionsniederlagen bei den Bundestagswahlen 1969, 1982, 1976 und 1980). Laut Union sollte der Private Rundfunk (im Gegensatz vor allem zu NDR, WDR und HR) Offenheit, Kreativität etc. bieten

Nach Regierungswechsel 1982 (und durch internationales Umfeld, u.a. aus England/Murdoch und Italien/Berlusconi): Anfang 1984 Kabel-Pilotprojekte/Anfang des Sendebetriebs der Privatsender SAT 1 und RTL, dadurch Ende des öffentlich-rechtlichen Monopols

Politikergebnisse: Pluralismus (?), inhaltliche Verflachung (?), Stärkung der konservativen Positionen (?)

Diskussionsfrage: Wandel zum Privatfunk durch internationale Entwicklungen (freiwilliges Lesson-Drawing?), durch technische Entwicklungen (erzwungener Transfer?) oder durch politische Machtverhältnisse – Beispiel Österreich (Blockade des Privatfernsehens?), Beispiel WWW (technische Entwicklung?)

Fazit zur Medienpolitik

Paradigmenwechsel: Medien nicht mehr als öffentliche Dienstleistung sondern als Wirtschaftssektor

Politische Folge davon: Deregulierungspolitik

Ökonomische Folge davon: Konzentrations- und Internationalisierungstendenzen

Politische Folgen davon???

Fragestellungen für Hausarbeiten

Bedeutung der europäischen Integration für die Rundfunkpolitik der Mitgliedstaaten

Akteure und Interessen bei der Einführung des Privatfernsehens im Land xxx (evtl. Ländervergleich)

Definition politische Steuerung

„Steuerung meint hier die Herstellung sozialer Ordnung“ (Braun/Giraud 2003: 147).

„**Politische Steuerung**, [1] allg. der auf sachlich-technische Dimensionen reduzierte Prozeß polit. Herrschaftsausübung; der Begriff der Steuerung konkurriert damit tendenziell mit dem Begriff Regieren.

[2] In einer weiten Interpretation bezieht sich p.S. auf die positive, (Daseins-)Risiken vermeidende oder kompensierende und Wohlstand mehrende Gestaltungsaufgabe moderner Staaten.“ (Klaus Schubert 1998, in: Lexikon der Politik Band 7. München, 507.

„**Governance** (von mlat. *gubernantia* = Steuerung, Leitung), aus dem Englischen übernommener, vieldeutiger Begriff, für den es keine dt. Entsprechung gibt. Er bedeutet Regierung *und* Regieren, aber auch Regeln, Regulierungsmechanismen, Ordnung, Herrschaft, nicht allein in Staat und Politik, sondern ganz überall dort, wo in der Gesellschaft individuelle Interaktionen und soziale Transaktionen systematischen Handlungsmustern, festen Regeln, Ordnungen folgen. (Rainer-Olaf Schultze 1998, in: Lexikon der Politik Band 7. München: 236)

Steuerungsinstrumente

Sicherstellung wichtiger öffentlicher Güter und Ressourcen		Beeinflussung gesellschaftlichen Handelns			
		Direkte Steuerung	<i>Indirekte Steuerung</i>		
Hoheitsrechte des Staates	Staat als Anbieter von Gütern und Dienstleistungen	Regulative Politik	Finanzierung	Strukturierung; prozedurale Steuerung	Überzeugung

Aus: Braun, Dietmar, Giraud, Olivier, 2003: Steuerungsinstrument, in: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München: Oldenbourg, 147-174, hier 150.

Klassischer Staat und aktivierender Staat

Klassischer Staat (Max Weber)	Aktivierender Staat (z. B. Stephan von Bandemer)
<ul style="list-style-type: none"> – Ordnungsstaat – rationale Durchstrukturierung, transparente Aufteilung von Zuständigkeiten – Pluralistische Einflussnahme von Interessengruppen 	<ul style="list-style-type: none"> – Leistungsstaat – Dezentralisierung und Controlling – Interne Wettbewerbsstrukturen und Leistungsvergleiche (Benchmarking) – Korporatistische Übertragung von staatlichen Aufgaben auf gesellschaftliche Institutionen

Besonderheiten der Bildungs- und Kulturpolitik in Deutschland

Föderalismus

Selbstverwaltung

Nach Lowi: Regulative und (Re-)distributive Policies

Nach Heinelt: spezifische Problembetroffenheit und spezifische Policy-Wirkungen, unterschiedliche Prognosefähigkeit, unterschiedliche Policy-Interdependenzen (etwa von Medienpolitik und Kartellpolitik)

Politische Steuerung am Beispiel der Hochschulpolitik

Führt die Selbstverwaltung im Hochschulwesen

zur Ausweitung staatlicher Steuerungsfähigkeit,

zum Capture staatlicher Politik durch die Steuerungsadressaten oder

zur Verselbstständigung der Steuerungssysteme?

Hochschulpolitik in Deutschland, Frankreich und GB im Vergleich

- Überall ähnliche Entwicklungen (Leistungskürzungen, mehr Wettbewerb, Privatisierungen der Finanzierung, Studiengebühren, Frauenförderung etc.): Insgesamt: Idee eines neuen Management Modells, Abkehr vom Bildungsideal, Orientierung an Ausbildungswünschen der Privatwirtschaft
- Umsetzung in Großbritannien besonders einschneidend, in F wenig Veränderungen, in D Einstieg in wesentliche Veränderungen in den letzten Jahren
- Sozioökonomische Determination kann evtl. Verlauf in D erklären (Problemdruck, Dt. Einheit)
- Machtressourcen organisierter Interessen kann etwa erklären, warum studentische Interessen in allen Vergleichsländern wenig Einfluss hatten.
- Parteienherrschaft hat für D (starke Hindernisse gegen Mehrheitsherrschaft) und F (Phasen der Cohabitation, wechselnde Mehrheiten) wenig Erklärungskraft. Für GB nimmt die Erklärungskraft aufgrund der Annäherung der Konzepte der Labour Party an die Konzepte der Conservatives ab.
- Art und Ausmaß der Durchsetzung der Maßnahmen ist nur wenig vom politischen System abhängig. So gab es trotz formal großer Machtkonzentration in F hier wenig Erfolge bei der Durchsetzung neuer Konzepte.
- Die EU hat im Bereich der Hochschulpolitik geringe Kompetenzen, zudem sind alle Vergleichsländer EU-Staaten – daher hat die „Internationale These“ nur geringe Erklärungskraft.
- Die Politikergebnisse hängen offenbar primär davon ab, inwiefern sich die neuen Ziele in die bestehenden Governance-Strukturen einbetten lassen (ob sie kompatibel sind). In Frankreich ist dies am wenigsten der Fall (Dominanz des Staates, Elitentradition). In der BRD stehen einzelne Elemente (Länderhoheit, Verrechtlichungstradition, egalitaristische Bildungstradition, Humboldtsches Bildungsideal) einer Umsetzung einiger neuer Maßnahmen entgegen. In GB gibt es auch Hindernisse (Tradition staatlicher Hochschulfinanzierung, Tradition der Parlamentsouveränität, Traditionalität der Hochschulen), hier ist aber die Kompatibilität der Governance-Strukturen und des Management-Modells am Größten.